

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Wertmeister, Gezellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Hölzenerleger, Ofenfezer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Er scheint wöchentlich Sonnabends. Monats- bezugspreis 1.- RM. (ohne Befreiung). Bestellungen nur durch die Post. Inhalt des Blattes Montags frei.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin 638 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 000 bis 7650, 7651, 6240. Postfach, Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentral- Geschäftsangelegen nach Carl durch „Werba“, Berlin S 11.

Wirtschaftliche und soziale Mindestforderungen unserer freien Gewerkschaften.

Wochenlang ging das Rätselraten über die neuen Männer der „autoritären“ Staatsführung hin und her. Schließlich schälte sich aus dem Namenswirrwarr der Name des Generals von Schleicher heraus. Vorher jedoch hatte sich dieser Kanzlerkandidat bemüht, die Stimmung der politischen Parteien abzu- tasten und daraus Schlüsse zu ziehen für ein Not- programm des neuen Reichskabinetts. Bei diesen Lafterversuchen hatte er auch am 28. November Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerk- schaftsbundes zu sich gebeten. Dieser ganz natürliche Vorgang war wieder einmal ein gesundes Fressen für die Kommunisten. Das bot ihnen wieder aus- reichende Gelegenheit, die Führer des ADGB, „Sozialfaschisten“, „Papenknechte“, „Steigbügelhalter der Reaktion“ und „Sozialverräter“ zu schimpfen. Der moskowitzisch beeinflusste Blätterwaid konnte auf diese Weise wieder einmal stürmisch die ungehörigen Wipfeln schütteln, um die „Sozialfaschisten“ unter dem üblichen Einheitsfrontgeschrei zum tausendsten Mal zu „entlarven“.

Wir sind selbstverständlich anderer Meinung. Die Beauftragten der Gewerkschaften, gefragt vom Vertrauen der Mitglieder, haben nicht nur das Recht, sie haben auch die Pflicht, bei solchen Gelegenheiten ernst und bestimmt ihre Ansichten zu vertreten. Deshalb haben sie auch solche Einladungen zu folgen. Möglich, daß die Vertreter der „grund- sätzlich neuen Staatsführung“ daraus die bitter not- wendigen Schlüsse ziehen und künftig ihre Handlungen besser durchdenken und vorbereiten. Das ist von uns allerdings reichlich optimistisch gedacht. Auf alle Fälle aber kann es absolut nichts schaden, wenn Gewerk- schaftsvorstände gegenüber den Machthabern ihrer Meinung Ausdruck geben und entsprechende Forderungen aufstellen. Wir erleben dies in Deutsch- land das erste Mal im Jahre 1889, als anlässlich des großen Bergarbeiterstreiks die Vertreter der Bergleute, Schröder, Sigel und Bunte, vor das Baby- bartantlitz Wilhelm des Letzten traten, um Berg- arbeiterforderungen zu vertreten. Man nannte sie dann in der Folge — nicht etwa in bösem Sinn — Kaiser-Delegierte. In der Uchting ihrer Kumpels waren sie eher gestiegen als gesunken, ja, sie erlangten sogar eine gewisse Berühmtheit. Heute würden sie von den Volksgewissen ebenfalls als „Sozialverräter“ und „Steigbügelhalter der Reaktion“ in Grund und Boden verdammt. Welch ein „Fortschritt“ in der Arbeiterauffassung innerhalb eines Menschenalters! Doch nun zur Sache. Leipart und Eggert waren beim General Schleicher. Sie legten dort ihre wirt- schaftlichen und sozialpolitischen Ansichten dar. Die hohe Politik kümmerte sie dabei nicht. Sie hatten sich darauf beschränkt, im Rahmen strengster Sachlichkeit nur gewerkschaftliche Mindestforde- rungen zu vertreten. Der Reichswehrminister wünschte dann, Theodor Leipart möge im Namen des Bundesvorstandes am 29. November die Forderungen des ADGB schriftlich niederlegen und begründen. Dies ist geschehen. Wir lassen nachstehend den Inhalt des Schreibens folgen:

1. Die

Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. Sep- tember 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neu- einstellungen gewährten zur Verfügung gestellten 700 Mil- lionen Mark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden. Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erlassenen Betrieben, die vorher 191 669 Arbeitskräfte beschäftigten hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Berichterstattung von 19 Zentralverbänden. Sie sind nach unserer Ueber-

zeugung umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuerzuschläge keinerlei nennens- werte Wirkung

gehabt hat. Von unseren übrigen 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Zer- störußindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstel- lungen der Berichterstattung unserer Verbands-Organisationen sein könnten, hatten wir angesichts unserer meistverbreiteten Organisation mit ihren über 13 000 Verbandsstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschlossen. Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. Sep- tember vorgesehene Recht der Unternehmer,

die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Beanspruchung in den Betrieben und zahl- reiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unter- nehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als undurchführbar erwiesen. In 399 Betrieben mit 108 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Lohnkürzung abzuwehren können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgewirkt und den Arbeitern recht gegeben. Arbeitsstellen waren in 81 Betrieben. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die

Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden. Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Unternehmern einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichterstat- tung unserer Verbände zeigt, daß in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig versagt hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben

	in	für Be-
	Stellen:	schäftigte:
blieb die Arbeitszeit unverändert	528	129 811
wurde die Arbeitszeit verlängert	250	58 117
wurde die Arbeitszeit verkürzt	165	45 939

Verlängerte Arbeitszeit und Ueberstunden über 40 Wochen- arbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeits- losigkeit nicht länger gebildet werden.

3. Das

System der Steuerzuschläge ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuerzuschläge als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können. Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuerzuschläge läßt zwei Tatsachen unstrittig erkennen: Es hat sich infolgedessen bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kreditbeschaffung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat infolgedessen versagt, als es eine fähbare Erleichterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht geschafft hat. Der größte Teil der jetzigen Steuer- zuschläge vermindert sich weder in Kapital noch in Kaufkraft, während

ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vor schläge des Vorläufigen Reichswirt- schaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämp- fung der Massenarbeitslosigkeit voraussetzen läßt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Sintergrund gedrängte Siedlungsfähigkeit wieder stärker ge- fördert werden. Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1½ Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volke ersehnte Arbeitsbeschaffung frei machen und die Wiederbeschaf- fung von einer Million Arbeitsloser unverzüglich ermöglichen.

Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführ- ten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden. Die Versorgung der Arbeits- losen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden. Jeder weitere An- griff auf die Löhne und die Rechte der Ar- beiter muß unternommen werden. Die Unabhin- gbarkeit der Tarifverträge, die durch die Ver- ordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangefastet bleiben.

Dies der Inhalt des Briefes. Er ist äußerst wert- voll, er enthält neben knappgefaßten Forderungen

auch geradezu sensationell wirkendes Material. Nachstern wird hier das Todesurteil über das Pa- pen-System ausgesprochen. Mit Pauken und Trompeten hatte der Kapitalkriegskönig das „An- kürbelungsprogramm“ Papens begründet. Ein Steuer- geschenk von einhalb Milliarden Mark, ein be- sonderes Geschenk von siebenhundert Millionen Mark als Prämien für Neueinstellung von Personal und schließlich der durch Verordnung sanktionierte Ein- bruch in die Lohnstufe, das bedeutete allerhand! Das bedeutete 10 bis 12 % weniger Lohn, das sollte be- deuten viereinhalb Milliarden Mark für die Privat- wirtschaft, das sollte aber auch bedeuten Neuein- stellung von dreieinviertel Millionen Arbeitern!

Und nun liegt das Ergebnis vor uns. Ganze 42 218 Neueinstellungen ergeben sich aus den Er- hebungen des ADGB. Da fehlen „nur“ 97,6 % an den versprochenen dreieinviertel Millionen Neuein- stellungen! Währenddessen hat aber die Reichsanstalt schon wieder gemeldet, daß im November trotz Steuer- zuschläge und trotz Lohnrückprämien die Zahl der arbeitslosen Menschen bereits wieder um über 150 000 Köpfe zugenommen hat. Und dies trotz der 42 218 Neueinstellungen!

Das ist ein geradezu verblüffendes Fiasko der „grundsätzlich neuen“ Staatsführung. Aber dieses Resultat war voraus zu sehen. Wer heute noch glaubt, mit Lohnabbau die Wirtschaft „an- kurbeln“ zu können, der sollte sich, falls er sich Pro- fessor der Volkswirtschaft nennt, schleunigst sein feures Lehrgeld wiedergeben lassen. Und die Herren im Reichskabinett waren zum größten Teil feudale Korpsstudenten, die sich einst ebenfalls am Borne un- verlässlicher Wissenschaft erquakt haben. Aber der unwiderrückliche Drang, die Arbeiterlöhne noch mehr herunterzudrücken und den Unternehmern Milliarden- geschenke zuzufächeln, überwoog bei der Mehr- heit dieses „autoritären“ Reichskabinetts und ersticke alle etwaigen wirtschaftlichen Bewußtseinskrüpel...

Die deutschen Gewerkschaften haben durch das Schreiben Leiparts ihre Mindestforderungen kundgegeben. Jede Regierung, gleichgültig aus welchen Personen sie besteht, hat die unbedingte Pflicht, den Kampf gegen das Hungerelend dieses Wintern zu aufnehmen. Das maßlose Unrecht des Tarif- bruchs ist zu widerrufen. Die tägliche Arbeitszeit ist generell einzuschränken. Arbeitsbeschaffung in mög- lichstem Ausmaß ist die Forderung der Stunde. Vor- aussetzung für all dies ist, daß das Papen-System restlos verschwindet! Wir zweifeln daran, daß es geschieht. Deshalb stehen unsere freien Gewerk- schaften in schroffem unüberbrückbarem Gegensatz zu Papen und allen Papenisten; sie werden jeder Papen-Regierung, mögen sich auch die Inhaber der Minister-Portefeuilles anders nennen, aller- schärfsten Widerspruch und unverföhnliche Bekämpfung ansagen!

Planwirtschaft in der Zementindustrie.

Unter dieser Stichmarke bracht „Die Arbeit“ in ihrem Heft 11 einen Aufsatz unseres Kollegen Walter Wüst, der die in der Zementindustrie herrschenden Zustände auf- zeigt und Vorschläge enthält, wie dieser Wirtschaftszweig durch Verstaatlichung zu wirklich volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit umgebaut werden kann. Verhältnismäßig wenige der über das ganze Reich verstreut gelegenen Be- triebe arbeiten mit hohem Betriebskapital. Unter ihnen sind drei Gruppen vorzuziehen, die zusammen über den Löwenanteil des Zementkapitals und der Produk- tionsleistungsfähigkeit verfügen, die aber auch allein den gesamten deutschen Zementbedarf decken können. Diese Konzerne sind gleichzeitig fonangebend in den drei räumlich gegliederten Zementkärtern, deren gemeinsame Interessen von einer Dachorganisation — dem Deutschen Zement- bund — wahrgenommen werden. Außerdem besteht noch ein

Verband für die Härtungsmittel erzeugenden Firmen. Die Kartelle befehlen seit Jahrzehnten und haben trotz aller Verträge...

Die von den Kartellen diktierten unverfälschten hohen Zementpreise sichern selbst den rückständigsten Betrieben große Gewinne und verschaffen der Zementindustrie bis zum Ausbruch der Krise Dividenden...

Die hohen Preise und dementsprechenden Gewinne reizen immer wieder zu Betriebsanlagen aus außerhalb der Kartelle durch Außenleiter, die mit niedrigeren Preisen erfolgreich konkurrieren konnten...

Um bei einem etwaigen Zerfall der Kartelle gegen den milden Konkurrenzkampf gerüstet zu sein und auch dann noch über ein wirksames Monopol zu verfügen...

Kosten der vorstädtischen Kleinsiedlung.

Die Richtlinien für vorstädtische Kleinsiedlung begrenzen die Kosten für eine Siedlerfamilie auf 3000 M, wobei das Reichsdarlehen 2500 M beträgt, der Rest durch Selbsthilfe des Siedlers aufgebracht werden muß...

Über diese Frage waren am 15. Februar dieses Jahres im Reichsarbeitsministerium Besprechungen, an der Vertreter unseres Bundes und des Verbandes sozialer Bauvereine teilnahmen...

Der VZB wird in der nächsten Nummer von „Wauen, Siedeln, Wohnen“, die Einzelheiten der Durchführung näher erläutern. Dabei wird als weiterer Vergleich auf die Er-

geschloffen. Ihre Nachstellung, die sich über das ganze Reichsgebiet erstreckt, wirkt sehr stark auf die Maßnahmen der Kartellverbände aus und zwingt die kleineren Zementfirmen in ihr Schlepptau...

Die Verstaatlichung der Zementindustrie ist darum unter selbstverständliche Forderung. Die gegenwärtigen Kartell-Organisationsformen wären auch bei einem Umbau zugrunde zu legen. Die Regelung von Produktion und Absatz und die Überwachung der in ihren Gebieten gelegenen Werke wären ihre Aufgaben...

gebnisse der Siedlungsfähigkeit in Frankfurt am Main verweisen. Dort hatte man neben der Siedlerfamilie auch noch Kräfte des freiwilligen Arbeitsdienstes eingeschaltet. Bei dieser Siedlung wurden je Siedlerstelle 3320 M aufgewendet...

Unternehmerbildung gegen die Beiträge zur Berufsgenossenschaft.

In einer stark besuchten Rundung des Kartells der Unternehmerverbände in den Baugewerken Groß-Berlins projektierten die Bauunternehmer aller Berufsgruppen gegen die Höhe der Berufsgenossenschaftsbeiträge...

- 1. Befreiung der Entschädigungspflicht für Wegeunfälle. 2. Weiterer Abbau der in den Jahren 1925 bis 1929 auf Grund der konjunkturellen Löhne festgesetzten überhöhten Renten. 3. Annullierung der Beiträge an die jeweilige Leistungsfähigkeit der Betriebe...

Wir erkennen nicht die erste Lage, in der auch ein Teil der baugewerblichen Unternehmer steht. Die oben genannten Forderungen jedoch sind ein Schlag gegen die Bauarbeiterverträge. Wissen denn die Berliner Bauunternehmer wirklich kein anderes Mittel...

entfernt an das Glend der Bauarbeiter, insbesondere der Rentenempfänger heran!

Wir vermischen in der Unternehmerkundgebung aber auch die Unterordnung der Arbeiter der heutigen Notlage des Baugewerbes. So wollen wir denn die Führer der baugewerblichen Unternehmer daran erinnern, daß es einmal eine Zeit gab — es war die vielgeschmähte Zeit des „Systems“ — in der aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer jährlich und 2/3 Milliarden Mark dem Wohnungsmangel zustoßen!

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Geperert sind wegen unterfachlicher Lohnzahlung in Norden die Arbeiter der Firma Wieberlich, in Wülffer das Baugeschäft Johannes Sievers, in Olfersdorf die Bauarbeiter des Unternehmers Schütt aus Oberndorf beim Landwirt Ramm.

Löhner: Geperert ist in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf und in Berlin-Oberschöneweide die Firma Witt.

Aus den Baugewerkschaften

Regensburg. (Hans Kuhn f.) Am 27. November verstarb in Schwandorf unser Kollege Hans Kuhn. Eine heimtückische Krankheit raffte ihn innerhalb von vierzehn Tagen dahin. Kollege Kuhn stand im 55. Lebensjahre. Arbeit und Mühe, um seine zwöfköpfige Familie zu erhalten, waren sein Lebensloos. Im Jahre 1908 trat er der Organisation bei und widmete seine ganze Kraft unsern Gewerkschaftsbewegungen.



bei hat er auch off den Hessenland-Politikern und den Generalanzeiger-Redaktoren manche Wahrheiten gesagt. Wenn nun auch unser Heinrich nicht mehr unter uns weilt, so werden wir ihm dennoch stets ein gutes Andenken bewahren. Für seine jahrelange aufopferungsvolle Tätigkeit herzlichsten Dank! Sei unserm Allen in seiner neuen Heimat ein schöner und langer Lebensabend beschiedel!

Vom Bau

Oleiwitz. (Erdlicher Unfall) In Branitz, Kreis Leobusitz, verunglückte beim Ausgraben der Kollege Mikeska. Der Unfall ist durch Unvorsichtigkeit und durch Unterbreiher des Unternehmers verursacht. Die Erdmassen, von denen der Kollege erdrückt wurde, waren unterminiert. Kollege Mikeska verstarb noch am selben Abend im Krankenhaus. Er hinterließ Frau und Kind.

Jameln. (Ein eigenes Grab geschaffelt) Ein folgenschwerer Unglücksfall ereignete sich hier am 29. Oktober beim Bau eines Brunnen, der zur Bewässerung eines Gartengrundstückes dienen sollte. Der Brunnenbauer Lange wurde in einer Tiefe von 14 m durch Zusammenbruch des Schachtes verdrückt. Bereits in einer Tiefe von 6 bis 7 m waren die eingestrichelten Zementrohre durch Seitendruck aus ihrer senkrechten Lage gedrückt worden. Lange hatte dann verfehlt, den Druck durch Abstützungen abzufangen, und den Schacht bis auf 14 m Tiefe heruntergebracht. Bei der Untermauerung der Zementrohre in dieser Tiefe hat dann Erdboden die Katastrophe herbeigeführt und den Arbeiter verdrückt. Drei Tage hatte die Feuerwehr vergeblich versucht, den Verunglückten zu bergen, dann verstaubte man, durch eingerammte Spundbohlen zu dem Verunglückten zu gelangen. Nach nahezu zwei Wochen während dem vergeblichem Mühen, das 4000 M. Kosten verursacht hat, wurde dann die Bergungsarbeit eingestellt; infolge des Ertrinkens war es unmöglich, zur Leiche zu gelangen. So wird nun der Verunglückte im selbstgeschaffelten Grabe ruhen. Für unsere Kollegen sei aber dieser bedauerliche Unglücksfall eine ernste Mahnung, bei Herstellung ähnlicher Bauwerke doppelte Vorsicht walten zu lassen!

BUNDES-TRIBÜNE

WAS LEHREN UNS DIE REICHSTAGSWAHLEN?

Wie immer sind weit mehr Zuschriften eingegangen als untergebracht werden können. Gleich einem roten Faden durchzieht die meisten Zuschriften die Forderung nach Einigkeit. Immer wieder wird von der KPD gefordert, sich mit der SPD zu gemeinsamem Handeln gegen die Reaktion zu vereinen. Leider muß gesagt werden, daß bei der Einstellung der KPD, das tiefe Sehnen der Arbeiterschaft nicht erfüllt werden wird. Trotz der faschistischen Gefahr setzt die KPD ihre Desperadepolitik fort!

Es sei noch kurz auf eine Redewendung „die Gewerkschaften können nicht vorbehaltlos die Politik der SPD mitmachen“ eingegangen. Diese Wendung enthält einen Denkfehler! Die Vertreter der Gewerkschaften machen in der Politik der Partei die besondere gewerkschaftliche Auffassung geltend. Das gilt besonders für Fragen der Sozialpolitik und der Wirtschaft. Es muß festgestellt werden, daß die SPD — und nur diese Partei — dabei stets in vollem Einvernehmen mit den Gewerkschaften handelt. Von einem „vorbehaltlos mitmachen“ kann also keine Rede sein. Aber gerade weil eben nur die SPD, den gewerkschaftlichen Vorbehalten und Auffassungen umgänglich entgegenwinkt und zustimmen die Partei die Gewerkschaften als die un- arbeiterfremd anerkennt, erblickt die freien Gewerkschaften in der SPD ihre parlamentarische Vertretung. — Demnach ergibt sich das Eintreten der Gewerkschaften für die Sozialdemokratie von selbst. Gewerkschaftsrechtlich ist es fundamenter in den Beschlüssen der gewerkschaftlichen Kongresse und Tagungen.

Als Gesamteindruck der zahlreichen Einsendungen ergibt sich, daß fast die gesamte Mitgliedschaft der Einstellung der Gewerkschaften und ihrer Presse anlässlich der Parlamentswahlen durchaus zustimmt. Ausnahmen bestätigen wie immer auch hier die Regel.

Die von den Stempelstellen und Arbeitsplätzen haben das Wort.

Die Wahl hat gezeigt, daß ein großer Teil der Wählerschaft noch nicht politisch denken kann. Die bei den Nazis abgeprägten Wähler sind zum größten Teil Bauern und Gewerbetreibende. Für diese Leute bedeutet jede Wahl die Aufgabe eines Wechsels zugunsten der Wählerschaft, der aber mindestens in vier Wochen eingelöst werden soll. Wird er das nicht — und die NSDAP wird die Wechsel, die sie den widerstrebendsten Interessentengruppen ausgestellt hat, nie einlösen können —, dann verschwinden die vorbenannten Gruppen sang- und klanglos.

Die KPD hat aufgehört. In diesen fürchterlichen Krisenzeiten benötigte sie dazu nicht besonderer Fähigkeiten. Große Teile der Arbeiterschaft glauben die Phrasen der KPD, und wählen sie in dem Glauben, daß die großspurigen Versprechungen baldigst in die Tat umgesetzt werden. Die Kommunisten werden dies ebensowenig können wie die Nazis. Von ihren 100 Abgeordneten wird jetzt ver-

Zwei SAP.-Männer.

Daß die Unzufriedenheit der Arbeiterwähler mit der bisherigen Bejahung des kapitalistischen Staates durch die Sozialdemokratie und deren Bereitwilligkeit zu positiver Mitarbeit in der Staatsführung bei dieser Wahl wieder zu beträchtlichen Mandatsverlusten geführt hat, ist eine Lehre, die für diese Partei wohl etwas zu spät kommt. Daß die der SPD verlorengegangenen November-Wähler sich restlos bei der KPD, zusammengefunden haben, läßt darauf schließen, daß es vielen dieser Wähler darum zu tun war, um jeden Preis sofort wieder bei einer großen Partei mit dabei zu sein. Die Wahlniederlage der Sozialistischen Arbeiterpartei aber ist wohl nicht allein auf die Vorliebe der Arbeiterwähler für die Politik der großen Parteien zurückzuführen. Hier ist vielleicht auch die Befürchtung der Arbeiterschaft in Betracht zu ziehen, daß bei der wichtigen Entscheidung der Wahlen ihre für die neue Partei abgegebenen Stimmen verlorengehen könnten. Der Vernichtungswille sowohl des sozialdemokratischen als auch des kommunistischen Parteiapparates in ihrem Verhalten zur SAP, kann auch wohl an dem für die SAP, schlechten Wahlergebnis schuld sein.

H. Strugies, Plauen i. V.

Die erste Bresche!

Mit dem Rückgang der Nazis ist die erste Bresche geschlagen und damit eine Voraussetzung für den weiteren Abstieg einer auf Demagogie aufgebauten Bewegung erfüllt. So erfreulich diese Tatsache an sich auch ist, so kann uns das Ergebnis der Wahl trotzdem nicht befriedigen. Erstmals nach den hinter uns liegenden, oft bitteren Wegen der Mitverantwortung am Staat konnte die SPD, ohne Rücksichtnahme auf irgendwelche Bindungen sich in der Agitation frei entfalten. Der Kampf um den Staat ist an die Stelle des Hineinwachsens getreten. Trotzdem konnte der Verlust der Partei von 7000 Stimmen nicht verhindert werden. Ist es auch zum größten Teil auf die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, so ist er doch auch Ausdruck mangelnden Vertrauens zur Partei. Dies unberechtigte Mißtrauen gilt es durch Aufklärung und Erziehung zu politischer Einsicht und Festigkeit zu zerstreuen. Das Anwachsen der KPD zeigt uns, daß, solange die wirtschaftlichen Verhältnisse und damit die Lage der Arbeiterschaft nicht gebessert werden, mit einer weiteren Radikalisierung gerechnet werden muß, zumal das Ergebnis der Wahl und die Aussichten für eine Besserung alles

langt werden, daß sie praktische Arbeit leisten zur Verbesserung der Lage aller Notleidenden. Dies erfordert aber Übernahme einer gewissen Verantwortung. Diese aber scheut die KPD. Deshalb wird die Enttäuschung bei ihren Wählern ähnliche Wirkungen zeitigen, wie bei den Nazis.

Angesichts der Tatsache, daß auf die SPD, von allen Seiten eine beispiellose Schmutzflut niedergießt, ist ihr Verlust von einigen Mandaten nicht von allzu großer Bedeutung. Die SPD, hat praktische, verantwortungsbewußte Arbeit geleistet. Sie ist keine Partei, die Politik nach augenblicklichen Stimmungen treibt, sondern bei ihren Entscheidungen immer die Machtverhältnisse des Gegners im Auge hat. Künftig hat sie unbedingt allzuviel staatsbejahende Einstellung zu vermeiden. Auf keinen Fall darf die sozialistische Tendenz der Partei durch eine starke positive Stellung zum Staat getrübt werden.

Fritz Kunis, Leubsdorf i. Sa.

Mit den Worten: „Angesichts der übertragenden Bedeutung dieser Wahlen zum Reichstag...“ ladet uns der „Grundstein“ zu einer Aussprache über obiges Thema ein. Die meisten Mitglieder werden wohl hinter das Wort „übertragend“ ein Fragezeichen gesetzt haben. Nachdem sie in diesem Jahr schon fünfmal an die Urne treten durften, werden sie von der Erkenntnis durchdrungen sein, daß das Schicksal der Arbeiterschaft nicht mit parlamentarischen Mitteln entschieden wird. Sie dürften der Auffassung sein, daß Wahlkämpfe nur Teilgefechte sind, durch deren Ausgang nichts unmittelbar entschieden wird. Die künftige Linie der deutschen Politik, das Schicksal der Arbeiterbewegung, hängt nicht ab von der Verteilung der Mandate, sondern heute von dem Spiel der außerparlamentarischen Kräfte und Machtfaktoren. Das Schicksal des letzten Reichstags hat Hunderttausenden, die noch von parlamentarischen Illusionen erfüllt waren, die Augen geöffnet. Stehe Wahlausgang: schwächere, prozentuale Wahlbeteiligung, Zunahme der kommunistischen Stimmen.

Gerhard Lanz, Glaser, Breslau.

andere als ermutigend sind. Die Arbeiterschaft ist für die nächsten Jahre von jedem politischen Einfluß ausgeschaltet. Das ist nicht zuletzt ein „Verdienst“ der Kommunisten. Wäre nicht durch sie die Arbeiterschaft in zwei Lager gespalten, so wäre eine Ausschaltung von 221 Abgeordneten undenkbar. Die Arbeiterschaft hat sich auf schwere Kämpfe vorbereitet.

Aug. Lückgen, Maurer, Hildesheim.

Der Ausgang der Wahlen ist insofern von Bedeutung, daß man der SPD, wegen ihrer Tolerierungspolitik und ihrer taktischen Einstellung bei der Reichspräsidentenwahl das Verdienst zusprechen muß, auf parlamentarischem Wege dem Faschismus eine Niederlage bereitet zu haben. Wenn die Partei auch Stimmenverluste hatte, so ist dies absolut keine Enttäuschung; damit war zu rechnen. Die Geschichte lehrt uns, daß in den Zeiten, wo Grundsätze und Forderungen ausgeschaltet werden mußten, die Partei immer einen Rückschlag erlitt. Es muß alles daran gesetzt werden, durch intensive Aufklärungsarbeit die Proleten, die wegen Nichtbegriffens der taktischen Einstellung der Partei zu den Kommunisten gelaufen sind, wieder der Partei zurückzugewinnen.

Allen kommunistischen Anhängern muß klargemacht werden, daß die Kampfmethoden der KPD, die falsche Einstellung ihrer Abgeordneten in den Parlamenten nicht zum Sieg führen, sondern zur brutalsten Ausbeutung der Arbeiterschaft durch die Reaktion. Die Zeit wird lehren, daß nur die SPD, und die freien Gewerkschaften, vereint in der Eisernen Front, die Bewegung und die Organisationen sind, die sich voll und ganz für die Belange der Arbeiterschaft einsetzen und den Sozialismus verwirklichen.

Ferd. Weigold, Keichen.

121 Sozialdemokraten plus 100 Kommunisten!

Wären die 121 Sozialdemokraten und die 100 kommunistischen Abgeordneten des Reichstags in einer Fraktion vereint und zu praktischer Arbeit im Sinne der SPD, bereit, Papien, Schleicher und Bracht wären längst erledigt. Eine so starke Fraktion — die stärkste im Reichstag! — könnte mitbestimmend eingreifen und den Kurs der Sozial- und Innenpolitik ändern. Aber auch in der Außen- und Handelspolitik hätte eine Fraktion von dieser Stärke mitzureden. Den kommunistischen Wählern muß gesagt werden, daß die einzige Diktatur, die bei der kommunistischen Taktik herauskommt, die Diktatur der ostelbischen Junker und der Industriefürsten ist. Die weitere Verfolgung des von Moskau befohlenen Weges führt zu einem Klassenstaat nach dem Muster Vorkriegs-Preußens. Seit 13 Jahren propagiert die KPD, die Diktatur des Proletariats, seit 13 Jahren werden von ihr verfassung, Demokratie und Parlament verächtlich gemacht und im Ansehen des Volkes herabgesetzt. Mehr Aufklärungsarbeit von uns! Hierbei die KPD, irgendwas zu schonen besteht um so weniger Anlaß, weil gerade wir seit jeher von der KPD, am niederträchtigsten bekämpft werden. Da es die Führer dieser Partei ablehnen, mit uns unter Ausnutzung auch der parlamentarischen Möglichkeiten der Reaktion einen Damm entgegenzusetzen, müssen wir in zäher Kleinarbeit die KPD, —

Warum Rückgang der SPD.-Stimmen?

Weil die SPD, zu nachsichtig, zu demokratisch war. Künftig wäre schärferes Vorgehen und entschiedene Klassenpolitik zu empfehlen. Gerade jetzt sind, weil wir in keiner Koalition befinden und keine Regierung tolerieren, die Grundlagen zu neuem Aufstieg gegeben.

Walter Kusche, Maurer, Breslau.

Daß die SPD, zwölf Mandate verloren hat, kommt davon, daß ein großer Teil der Wähler die Ereignisse des 20. Juli nicht verstanden hat. Gleichzeitig lehrt uns das Wahlergebnis, daß mit dem Zuckerwasserzoozialismus der Nazis sich das Volk nicht auf die Dauer betören läßt.

Hans Schröder, Willi Verdich, Kiel.

Der Stimmenschwund der SPD, lehrt uns, daß ihre Politik von den Gewerkschaften nicht vorbehaltlos mitgemacht werden kann.

Gustav Hauch, Bauarbeiter, Berlin.

Außerparlamentarier und Antiparlamentarier.

Der neue Reichstag wird genau so wenig zu sagen haben wie der vorhergehende. Alle Arbeiterorganisationen müssen gemeinsam für außerparlamentarische Aktionen mobilisiert werden. Dazu können die Gewerkschaften viel beitragen. Sie sind um so mehr dazu verpflichtet, da sich ihre Mitgliedschaft aus Bekennern zu verschiedenen politischen Organisationen zusammensetzt.

Paul Lenz, Frankfurt a. M.

Von den 514 Abgeordneten des Reichstags sind rund zwei Drittel Antiparlamentarier. Das ist das traurige, daß das deutsche Volk solche Parlamente wählt und Abgeordnete hineinschickt, die die Diktatur wollen. Solange die Arbeiterschaft gespalten ist, liefert sie Wasser auf die Mühlen der Reaktion. Das muß endlich aufhören; wir müssen die gesamte Arbeiterschaft unter einem Banner sammeln, der Bruderkampf zwischen den marxistischen Parteien muß aufhören.

Wilh. Kremer, Lehrling, Weyer, Kr. Oberlahn.

Meine Meinung.

Wie kann man eine Mehrheit erringen Die nötig wäre, Befreiung zu bringen, Wenn sich bei jeder Reichstagswahl Ständig versichert die Parteienanzahl? Die eine will her, die andre will hin — Das bringt der Menschheit selten Gewinn Würden wir aber gemeinsam ziehn In fester und strenger Einigkeit,

Demokratie und Verfassung durch Uneinigkeit der Arbeiterklasse in Gefahr!

Innerhalb weniger Monate ein Verlust von 34 Mandate für die Hitler-Partei ist für uns ein gutes Zeichen, die verirrten Nazi-Arbeiter durch Aufklärung in unsere Reihen zu bringen. — Die verärgerten Proleten, die ihre Stimmen der KPD, geben, sind bei besseren wirtschaftlichen Verhältnissen für die SPD, leicht zu gewinnen. An ein Sowjetdeutschland glauben selbst führende Politiker der KPD, heute nicht mehr.

Willi Bittner, Breslau.

Mit radikalen Phrasen und stimmungsvollen Reden wird nichts geändert. Nur dadurch, daß man Vorteil um Vorteil erkämpft — selbst wenn man mal einen Vorteil hergeben muß, um Einfluß auf die Macht zu behalten —, kommen wir vorwärts!

Karl Schwartz, Maurer, Dechsd.

Anhänger von der Gefahr des von ihnen begangenen Weges überzeugen. Nur so ist die so dringend notwendige Einheitsfront des Proletariats zu schaffen. Helft sie bauen, bevor es zu spät ist!

Herm. Kirchhoff, Duisburg.

Der Faschismus versucht, die beste Chance zur Machtergreifung zu nützen; wird aber allem Anschein nach scheitern. Trotz seiner Verluste und obgleich sein Stimmenanteil von 37,8 auf 33,5% zurückging, ist der Faschismus noch nicht geschlagen! Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, die Bewegungen dieses Polypen genau zu beobachten. 221 Sozialdemokraten und Kommunisten im Reichstag! Welch eine Macht, wenn sie geschlossen dastände. Einigkeit ist das Gebot der Stunde!

Heinrich Schmidt, Maurer, Bremen.

Wenn die kommunistischen Wähler die KPD, nicht zwingen, gemeinschaftlich mit der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften eine Politik gegen Freiheitsräuber und Rüstungs- und Kriegstreiber, gegen Kapitalsknechte und Fürstenlakaien zu treiben, wenn die Wähler die KPD-Führer nicht zwingen, ihre bisherige Politik aufzugeben, dann kann die deutsche Arbeiterschaft ihre Freiheitsfahnen einmotten und auf Jahre hinaus im stillen Kämmerlein verbergen.

Wilhelm Wernau, Neukölln.

Realpolitiker und Optimisten.

Die Wahlen vom 6. November lehren uns, daß die Sozialdemokratische Partei auf dem richtigen Wege ist, die Interessen der breiten Wählerschicht zu vertreten. Wenn ihr auch zwölf Mandate verloren gingen, so ist das kein Beweis, daß die SPD, „abgewirtschaftet“ habe. Zeiten schwerster Krise, in der jahrelange Arbeitslosigkeit und bittere Not verwirrend wirken, sind nicht günstig für die Ausbreitung politischer Vernunft.

Otto Haack, Hillenarbeiter, Landsberg W.

Die Weimarer Koalition war nur Scheindemokratie. Da wir selbst die Leidtragenden sind, dürfen wir dies politische Trauerspiel nicht länger dulden. Wir müssen den gesamten Gewerkschaftsapparat in Funktion setzen, alle Mitglieder mobilisieren, damit durch Aufklärungsarbeit die vermeintlichen Widerstände beseitigt werden.

Hermann Schumacher, Stuktkateur Düsseldorf.

Politische Reife!

Noch fehlt die politische Reife der Völker. Die politische Erziehung der Arbeiterwähler hat nicht gleichen Schritt gehalten mit der ökonomischen und strukturellen Entwicklung.

Georg Kulp, Hann.-Linden.

Die politische Reife der Arbeiterschaft ist noch nicht so weit vorgeschritten, um erkennen zu können, daß die verantwortungsvolle Politik der SPD, nicht rein gefühlmäßig bestimmt werden kann. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir zu außerparlamentarischen Kämpfen gezwungen werden.

Georg Wichtermann, Schweinfurt.

Falls es nicht gelingt, auf gewerkschaftlicher Grundlage das Proletariat zu einigen, werden wir noch weiter in unserer Lebenshaltung zurückgedrängt werden. Deshalb müssen wir alle Kräfte aufwenden, um die, die uns verlassen haben, zurückzugewinnen.

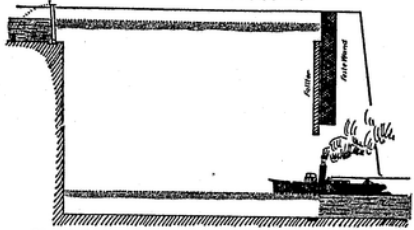
Karl Kartz, Haan, Rhld.

Dann würde bestimmt uns erblühen Eine neue, eine bessere Zeit, In der wir als freie Menschen leben! Wir werden siegen, wir Arbeiterproleten, Wenn wir uns einander nicht versagen Und alle dasselbe Banner tragen! Das Banner der Freiheit, das Banner der Tat! Bei der nächsten Wahl: Nur Sozialdemokrat! Hermann Koblner, Bauarbeiter, Erfurt.

Werde- und Bildungsarbeit

Schleusen befreit sich eine neue Serie „vom Fack“ Sie besteht allerdings aus zwei Arten, die eine „Schleusen- und Wasserstraßen“ sind. In der neuen Fassung sind die Wasserstraßenbilder herausgelassen. Dafür wird aber ausführlich von alten Arten Schleusen berichtet. Auch die für den Bau von Schleusen erforderlichen Arbeiten werden gezeigt. Die Serie ist auch für Jugendabteilungen geeignet.

Schema einer Schiffschleuse.



Die Schiffschleuse des Winden am Weste-Ost-Kanal hat 85 Meter Schluslänge, 10 Meter Breite und 15 Meter Höhe.

Berlin. Der Vorstand unserer Baugewerkschaft hat die Schulungs- und Werbearbeit wieder aufgenommen. In der Zeit vom 24. November bis zum 27. Februar nächsten Jahres werden in je zwei Abteilungen vier wichtige aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Fragen Vorträge gehalten. Ferner hat der Baugewerkschaftsvorstand zunächst für die Bezirke im Norden Berlins Arbeitsgemeinschaften eingerichtet, die ihre Arbeit ebenfalls bereits aufgenommen haben.

Bezirksverband Hannover. (Wochenendkurs.) Außer dem Kursus in Springe wurde noch einer in Geseen veranstaltet. Beachtlich sind die Vorträge durch frühere Schulungswodentelnehmer. Sie sind eine gute Lebung für die jungen Kollegen und spornen zugleich die übrigen Teilnehmer an, ihnen nachzusehen. — Es wird verhofft, die Kursusteilnehmer sowie Mitglieder der Baugewerkschaftsvorstände als Kern von Arbeitsgemeinschaften wirken zu lassen.

Politische Zeitnotizen

Papen geht — der Kurs bleibt. Der Herrreiter Papen ist nun endgültig von seinem Amt als Reichskanzler zurückgetreten. In seine Stelle ist General von Schleicher getreten. In der Amtsübernahme wird er sich etwas von seinem Vorgänger unterscheiden. Er wird er nicht von seiner „hinnäherlichen Berufung“ reden, er ist so klug, zu wissen, daß außer seinen unbestreitbaren menschlichen Fähigkeiten ihn auch gewisse Machtverhältnisse ans Reichsrunder gebracht haben. Im übrigen bleibt es im neuen Reichskabinett bei den Papenen. Einige Steine des Anstoßes, zu denen neben Papen auch Freiherr von Engel gehört, sind entfernt worden, aber als bedenklicher Passivposten erscheint der bekannte Herr Bracht auf der Rabinettstabelle, der das Reichsinnenministerium übernehmen hat. Das bedeutet die Fortsetzung des Papen-Kurses im Innenministerium. Damit dürfte der Innenkurs eindeutig festgelegt sein. — Was die Gewerkschaften als Mindestforderungen vom neuen Reichskabinett verlangen, steht in unserm Leitartikel. Es ist möglich, daß die neue Reichsregierung für die Arbeiterkraft in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung einige Entscheidungen fassen mag, auch wird nicht bauernd auf der Weimarer Verfassung herangezogen werden, jedoch der politische Kurs wird ungefähr der gleiche wie unter Papen bleiben. Daraus ergibt sich für die Gewerkschaften, daß sie auch die Regierung aufrichtiger Kritik gegenübersehen müssen und daß ihre politische Vertretung im Reichstag auch der Schleicher-Regierung schärfstes Mißtrauen entgegenbringen muß!



Der neue Kanzler.

Reichsarbeitsminister Spruy. Als neuer Reichsarbeitsminister firmiert Dr. Friedrich Spruy. Er ist 51 Jahre alt. Er besuchte das Realgymnasium und war nach der Reifeprüfung ein Jahr praktisch in Betrieben der Metallindustrie tätig. Später widmete er sich dem Studium des Maschinenbaus, machte sein Examen als Diplomingenieur, studierte dann Rechts- und Staatswissenschaft, worauf er die Oberverwaltungsprüfung bestand. Dann war er preussischer Beamter, wurde 1918 ins preussische Handelsministerium berufen und bei Kriegsende dem Demobilisationsministerium überwiesen. 1920 trat Dr. Spruy als Präsident der Reichsarbeitsverwaltung in den Reichsdienst über. 1927 wurde er Vorsitzender der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung unter Aufsicht des Reichsarbeitsamts für Arbeitsminister Spruy ist also nicht der vornomverberlichen Notstand entgegen, sondern hat eine beachtenswerte sozialpolitische Laufbahn hinter sich. Ob seine Person eine sozialpolitische Kursänderung zum mindesten in dem Minimum bedeutet, daß der Papenische Kurs des Antimobilfabrikates gegen die Sozialrechte nicht weiter getrieben wird, dürfte sich bald herausstellen. Vielleicht werden die bösartigsten Vernichtungsschäden des Papen-Kurses in der Sozialversicherung wieder ausgebessert. Ob sich das Reichsarbeitsministerium unter Herrn Spruy von der Tendenz des abdingbaren Tarifrechts abwenden oder ob Minister Spruy nur Konzessionsdienste im zweiten Präsidialkabinett sein wird, wird sich bald herausstellen.

Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke. Zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ist der Präsident des Landgemeindefages, Landrat a. D. Dr. Gereke ernannt worden. Dem Reichskommissaramt haften nicht der Ludergeruch der Konterrevolution an. Erhöhen darf man sich unter dem heutigen Regierungssystem auch von diesem Amt keine allzu großen Hoffnungen machen. Dr. Gereke ist namentlich in den letzten Monaten mit Arbeitsbeschaffungsplänen hervorgetreten. Der neue Reichskommissar wurde von der bürgerlichen Tagespresse begrüßt mit der Hoffnung, daß nun endlich Durchgreifendes in der Arbeitsbeschaffung geschehen wird; das um so mehr, als wie die jüngste Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther zeigt, die bisher recht weitgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Gereke und der Reichsbankleitung über die Art der Finanzierung eines weitgehenden Arbeitsbeschaffungsprogramms keineswegs unüberwindlich sind. Ob diese Hoffnung voll und ganz erfüllt wird, dürfte zweifelhaft sein. Zumal im Kabinett Schleicher wiederum Dr. Warmbold die Interessen der Schmeinkaufleute und Herr von Braun die der Organagraren wahrscheinlich mit weit mehr Erfolg vertreten wird. Dem neuen Reichskommissar wird nachgerühmt, ein Mann der praktischen Realpolitik zu sein. Möge er seinen Ruf bestätigen; möge er Arbeitsbeschaffungspläne verwirklichen, die recht vielen von den Millionen Feiern den endlich Arbeit bringen.

Gegen die Verleumdungssprünge! Der „Vorwärts“ hatte während des Räteparlaments am neuen Reichskanzler gegen eine etwaige Wiederbetragung des Herrn von Papen entscheidenden Widerspruch erhoben. Er sprach folgende Warnung aus: „Interessierten und Intriganten werden dem Reichspräsidenten einzureden versuchen, daß er solchen berechtigten Warnungen (gegen eine damals noch in Betracht kommende Wiederbetragung des Herrn v. Papen) sein Ohr verschließen müsse, weil er einer „Pression“ nicht weichen dürfe. Das ist ja immer die Sprache aller Kriegstäter gewesen, der Weltkriegs wie der Bürgerkriegstäter. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg ist aber nicht zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt worden, um gegen das deutsche Volk Krieg zu führen, Krieg im wahren Sinne des Wortes, mit allem Blut und Elend, das damit verbunden ist.“ — Dies war und ist die wirkliche Stellungnahme der Sozialdemokratie. Das gegenüber allen Lügen der KPD, noch heute festzustellen, ist durchaus angebracht.

Wer ernten will, muß säen!

Für die Woche vom 4. bis 10. Dezember ist der 50. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

Der Spaltplatz bei den Nazis. In der NSDAP breitet sich der Spaltplatz immer mehr aus. In vielen Städten gibt es Oppositionsgruppen: so in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Braunschweig und in vielen Orten Mitteldeutschlands, Sachsens und Schlesiens. Die NSDAP-Oppositionen haben nun ihre erste Tagung hinter sich. Man verarmte sich in Hannover, wo Herr Hitler am seiner Partei sehr viel „Erfreulich“ gesagt wurde. Es wurde sogar behauptet, daß sich Hitler von Rom deswegen nicht trennen könne, weil er zu ihm in einem Ehrigkeitsverhältnis stehe. Die zahlenmäßige Größe der NSDAP, darf nicht darüber hinwegsehen lassen, daß der Niedergang der Nazisbewegung begonnen hat. Dem immer mehr zum Vorschein tretenden Spaltungszustand wird bald der Klauenkampf folgen; immer mehr Oppositionsgruppen werden an die Öffentlichkeit treten und sich mit Schmuhkäbeln bearbeiten. Auch die Führer, die Ober- und Unterführer werden diesem Schicksal nicht entgehen. Schon hat der Heiland Hitler eiliche Drecksprüche bekommen, bald wird sich eine Kruste bilden.

Vom Niedergang der Nazis. Wie sich bei den Wahlen in Sachen und in einigen Gemeinden gezeigt hat, bestärken auch einige kürzliche Gemeindeauswahlschritte im breiten Landgebiet, daß der Niedergang der Nazis anhält. Gegenüber der Reichstagswahl vom 6. November haben bisher alle Wahlen, sei es zu Landtagen oder Gemeindeparlamenten, gezeigt, daß die Nazis schwere Verluste, teilweise bis zu 50%, erlitten haben. Bei den Kommunalwahlen in Soldin (Neumark) und Oestrich bei Hamburg haben die Nazis gegenüber dem 6. November ebenfalls schwere Verluste erlitten.

Der „Führer“, wie ihn keiner kennt. Von seltenen Führerqualitäten hat Hitler einen weiteren Beweismittel gegeben. Bei den Bemühungen des Herrn von Schleicher, eine Reichsregierung zurechtzuführen, wurde auch Hitler noch einmal nach Berlin gebeten. Er setzte sich auch geborsam in den Nachzug München-Berlin. In Berlin kam er jedoch nicht an. Er war vom Reichstagspräsidenten Goerring in Jena aus dem Schlafwagen herausgeholt worden. In Unterhosen und sich nach den Schlaf aus den Augen reißend wurde ihm klargestellt, daß er nicht nach Berlin fahren dürfe, sondern mit nach Weimar zu kommen habe, also Goebbels sie erwartete. So verließ der „Führer“ unter Führung Goerings mit Hauptmann Röhm den D-Bus, der ohne diese kostbaren Männer nach Berlin weiterfahren mußte. In Berlin aber fanden Friede und Strafe auf dem Anhalter Bahnhof. Und ihre Gesichter wurden lang und länger, als ein Fahrgast nach dem andern den Bus verließ, aber kein „Führer“ zu sehen war. Als die die Rolle der stehengebliebenen Regenschirme spielenden Unterführer erfuhren, daß der „Führer“ in Weimar von Goebbels bearbeitet würde, warfen auch sie sich wutentbrannt in ein Auto und ritten nach Weimar. Nun wurde der „Führer“ von einer politischen Linie auf die andere gewipelt, für Eintritt in die Regierung — gegen Eintritt, für Ausschließlichkeit — gegen Ausschließlichkeit. Das ganze, bei dem der „Führer“ wie immer die Rolle des Gefährten spielt, nennt sich „Reichspräsidentenwahl“ und wurde den „Erl.“ und Nazi-Wähligen entsprechend hochwichtig serviert. — „Der Führer“ in Unterhosen, „wie ihn keiner kennt“.

So sehen sie aus! Nämlich Nazis und Kozis. Dießmal in der freien Hansestadt Bremen. Dort hat nämlich der Senat in der bremsigen Bürgerchaft, zur Belebung des Baumarktes in Ergänzung der Maßnahmen der Reichs-

regierung die Finanzdeputation zu ermächtigen, zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen, in zwei Linien von Klein-Eigentümern, bis zum Betrage von zwei Millionen Mark die selbständiger Bürgerchaft ohne Zinszuschüsse zu übernehmen. In jährlich gelagerten Fällen soll die Bürgerchaft bis zu 75 % der amtlich festgestellten Kosten übernehmen werden. Die Sozialdemokratie war selbstverständlich für diese Vorlage. Aber dann trat der Haus- und Grundstücksmakler Ahlemann von der Hitlerischen „Arbeiterpartei“ auf und verlangte, der Staat solle mit Zinszuschüssen den privaten Bauunternehmen unter die Arme greifen. Ferner räsonierte er über die allen vernünftigen Menschen gemäß gesetzmäßig erscheinende Tätigkeit der gemeinnützigen Bauvereinigungen. Und dann betrat der Kommunist Prützner das Podium. Mit schmalzige Vorlage, sie bedeute nur eine „Subvention von zwei Millionen Mark für die Hausbau“. Auch hier sahen wir wieder Nazis und Kozis in trauem Verein, um ipsemetitisch jede Möglichkeit von Arbeitsbeschaffung abzuwipeln. Diese Herrschaften sollten sich mit solchen Tiraden einmal unsern erwerbslosen Kollegen vorstellen, ihnen würde schon heimgeleuchtet werden! Trotz dieser „Opposition“ wurde die Vorlage des bremsigen Senats angenommen.

Rücktritt des badischen Innenministers. Der Sozialdemokrat Ruedert hat sein Amt als Staatsrat und stellvertretender Innenminister niedergelegt. Damit ist die Sozialdemokratie nach vierjähriger Koalition endgültig aus der badischen Regierung ausgegliedert.

Parlamentsswahlen in Belgien. Bei den Wahlen zur belgischen Kammer erhielten die Sozialdemokraten, die bisher 70 Mandate innehalten, 73, die Kommunisten, die bisher ein Mandat hatten, 3. Die stärkste Partei sind die Katholiken mit 79 Mandaten; die Liberalen haben 24, die säkularistischen Nationalisten 8 Mandate.

Allgemeine Rundschau

August Steinger †. Der Verstorbene dürfte der jüngeren Generation in der Bauarbeiterbewegung nur noch wenig bekannt sein. August Steinger, 1884 in Danzig geboren, von Beruf Maurer, war schon frühzeitig in der Bauarbeiterbewegung tätig. Bereits im Jahre 1901 war er Führer der Ortsgruppe in Danzig. Später führte ihn seine rührige Tätigkeit in den Gauverband. Im Jahre 1904 wurde er im Bauarbeiterverband fest angeheftet. Dieses Angeheftensein wurde auch beibehalten im späteren Bauarbeiterverband und im Deutschen Bauarbeiterbund. Bis zum Jahre 1924 war er Mitglied unseres Bundesvorstandes und leitete die Unterabteilung. Nach dem Bundesstag 1924 trat er von seinem Amt zurück und wurde Privatunternehmer. Stets aber hielt er enge Fühlung mit seinen Kollegen und Freunden. Man ist im 68. Lebensjahre von uns gegangen. Auch von Steinger kann gesagt werden, daß er alle ihm übertragene Vemter mit fester Gewissenhaftigkeit, mit Lust und Liebe durdgeführt hat. Wenn er sich auch oftmals als preussischer Hantischädel gab, so befand sich in der rauhen Hülle dennoch ein guter Kern. Wir werden August Steingers stets in Ehren gedenken!

Karl Pommerenke im Ruhestand. Wieder verläßt einer unserer ältesten Kollegen das Bundesbüro in der Friedrichstraße. Karl Pommerenke, im Jahre 1868 in Mecklenburg geboren, kam frühzeitig nach Hamburg und betätigte sich dort als Pfahlhammer. Zeitig erkannte man seinen Organisationsfleiß und seine Gewissenhaftigkeit und berief ihn bereits im Jahre 1908 in das Büro des Bauhilfsarbeiterverbandes. Hier betreute er die Expedition, und bei den späteren Verfassungen verließ unter Karl Pommerenke auf dem ihm liegegewordenen Posten eines Expedienten unser Bundesorgan. Seitdem war es einem Menschen gegeben haben, der mit größerer Liebe und Gewissenhaftigkeit eines solchen Amtes gewaltet hat. Die Expedition mußte klappen, dafür legte Karl die Hand ins Feuer, und wehe, war einmal ein Wod geschossen — natürlich nicht von ihm! —, dann war unter Karl Feuer und Fett und ruhte nicht eher, als bis der Fehler wieder ausgeglichen war. Neben seinem unermüdbaren Fleiß zeichnete unseren Karl Pommerenke auch eine ganz besondere Lebenswürdigkeit als Mensch und Kollege aus. Stets zuvorkommend, stets freundlich, stets gefällig — nur so kannten wir unseren Karl Pommerenke! Nun mußte er die Frinte ins Korn schmeißen. Sein geschwächter Gesundheitszustand zwang ihn, bereits vor Vollendung seines 65. Lebensjahres der ihm so lieb gewordenen Bundesarbeit „Tale“ zu sagen. — Karl Pommerenke ist in den Ruhestand getreten und verzieht wieder nach Hamburg, wohin ihn treue Bande der Freundschaft, alte Erinnerungen und andere Umstände rufen. Unsere Freundschaftsgelien begleiten unseren Karl Pommerenke in die alte Heimat. Wir danken ihm für seine langjährige Tätigkeit im Dienste der Bauarbeiterbewegung und wünschen ihm von Herzen einen schönen Lebensabend!

WEIHNACHTSGESCHENKE aus Ihrem Konsumverein: Eau de Cologne, Lavendelwasser, Toilettecreme, Birkenwasser, Eis-Kopfwasser. alles billig und gut!

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!

